

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/2347 –**

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler
zum Europäischen Rat am 23. und 24. Juni 2022 in Brüssel,
zum G7-Gipfel vom 26. bis 28. Juni 2022 in Elmau
und zum NATO-Gipfeltreffen vom 28. bis 30. Juni 2022 in Madrid**

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, einen entschlossenen Beitrag zur Stärkung der ukrainischen Streitkräfte durch deutsche Waffenlieferungen, insbesondere durch die Lieferung schwerer Waffen, zu leisten.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 20/2347 abzulehnen.

Berlin, den 6. Juli 2022

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Dr. Malte Kaufmann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann

I. Überweisung

Der Entschließungsantrag auf **Drucksache 20/2347** wurde in der 43. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Juni 2022 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und an den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der CDU/CSU stellt in ihrem Entschließungsantrag fest, die Bundesregierung sei dem an sie gerichteten Auftrag des Deutschen Bundestages, wie er sich aus dem Antrag von SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“ (Drucksache 20/1550) ergibt, nicht nachgekommen. In dem am 28. April 2022 gefassten Beschluss des Deutschen Bundestages habe der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen und zu beschleunigen und dabei auch die Lieferung von schweren Waffen und komplexen Systemen etwa im Rahmen des Ringtausches zu erweitern, ohne die Fähigkeiten der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung zu gefährden. Seit dem Beschluss des Bundestages habe sich die militärische Lage im Osten der Ukraine weiter zugespitzt. Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung erneut dazu auf, die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine in Quantität und Qualität unverzüglich und spürbar zu intensivieren und die Versprechungen im Rahmen der Ringtauschvereinbarungen, etwa mit Polen und Griechenland, umgehend und vollumfänglich zu erfüllen. Zudem sollten aus verfügbaren Beständen der Bundeswehr in größtmöglichem Umfang Rüstungsgüter direkt für die Ukraine bereitgestellt und unverzüglich dorthin geliefert werden, inklusive „schwerer Waffen“ wie unter anderem gepanzerte Waffensysteme und Artilleriesysteme. Darüber hinaus fordert die Fraktion der CDU/CSU, dass die Bundesregierung die Angebote der Rüstungsindustrie zur Lieferung von Schützenpanzern des Typs Marder und Kampfpanzern des Typs Leopard 1, die seit Ende Februar 2022 vorlägen, unverzüglich bescheide. Ferner sei von Bedeutung, in Zusammenarbeit mit den europäischen und internationalen Partnern die kurz-, mittel- und langfristige Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte zur Bedienung der ihnen zur Verfügung gestellten Waffensysteme zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/2347 in seiner 16. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und FDP bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/2347 in seiner 17. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 20/2347 in seiner 16. Sitzung am 6. Juli 2022 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte die fehlende Bereitschaft der Bundesregierung, den Bundestagsbeschluss vom 28. April 2022 umzusetzen. In diesem Beschluss habe der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu aufgefordert, die Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine fortzusetzen und zu beschleunigen und dabei auch die Lieferung von schweren Waffen vorzusehen. Seit dem Beschluss des Deutschen Bundestages habe sich die militärische Lage im Osten der Ukraine weiter zugespitzt. Dringender denn je brauche die Ukraine Nachschub an Waffen, auch von schweren Waffen, wie die des Flugabwehrpanzers Gepard, des Leopard-1-Kampfpanzers oder des Marder-Schützenpanzers. Die von Bundeskanzler Scholz in seiner Regierungserklärung am 27. Februar

2022 ausgerufenen Zeitenwende bleibe aus. Das zögerliche Verhalten der Bundesregierung treffe auch gerade bei den östlichen Partnern zunehmend auf Unverständnis.

Die **Fraktion der SPD** betonte die Notwendigkeit, gemeinsam mit den europäischen Partnern und der NATO dem kriegerischen Konflikt zu begegnen. Insbesondere vom G7-Gipfel sei ein Signal der Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit ausgegangen. Bundeskanzler Scholz habe große Zustimmung für seine Politik erfahren. Die Bundesregierung sei aktiv dabei, die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu stärken und habe zudem ihr sicherheitspolitisches Engagement im Baltikum ausgeweitet. Die Ukraine werde umfassend in Absprache mit den Bündnispartnern unterstützt, beispielsweise durch Finanz- und humanitäre Hilfen oder auch in der Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte. Vor allem würden die Menschen in der Ukraine nicht ihrem Schicksal alleine überlassen. Die von der CDU/CSU-Fraktion vorgetragene Kritik werde insofern zurückgewiesen.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass der durch den Deutschen Bundestag angenommene Antrag der Koalitionsfraktionen und der CDU/CSU „Frieden und Freiheit in Europa verteidigen – Umfassende Unterstützung für die Ukraine“ eine große Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck bringe. Die Inhalte des Antrags wie die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine hätten die politische Debatte geprägt. Angesichts der militärischen Lage im Osten der Ukraine bestehe weiterhin ein großer Bedarf an Hilfe und Unterstützung. Wie die Fraktion der SPD sehe auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Notwendigkeit, sich mit den europäischen und internationalen Partnern abzustimmen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüße die Transparenz, die es über Waffenlieferungen an die Ukraine gebe. Jedenfalls müsse der Bedarf der ukrainischen Streitkräfte an Waffen und Waffensystemen nach Möglichkeit durch Deutschland abgedeckt werden.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, dass die politische Debatte über Waffenlieferungen unter dem Blickwinkel gesehen werden müsse, dass bis zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 Deutschland grundsätzlich keine Waffen in Kriegsgebieten geliefert habe. Auch habe der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu einer veränderten sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage in Deutschland geführt. Die Debatte hierüber werde eine langfristige sein. Die Fraktion der FDP kritisiere, eine völlige Transparenz über Waffenlieferungen Deutschlands an die Ukraine herstellen zu wollen. Jedenfalls sei es erforderlich, sich über diese Fragen mit den europäischen Partnern und auch mit der NATO abzustimmen.

Die **Fraktion der AfD** legte dar, dass sie den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verurteile. Die Stärkung der Bundeswehr werde ausdrücklich begrüßt. Nach Auffassung der Fraktion der AfD hätten die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel vorzugsweise über Einsparungen im Haushalt kompensiert werden sollen. Der Entschließungsantrag der CDU/CSU werde durch die Fraktion der AfD nicht mitgetragen. Die Forderungen nach immer neuen Waffenlieferungen seien zu weitgehend. Die Eskalationsspirale werde dadurch angeworfen. Vielmehr müsse Deutschland eine Vermittlerrolle zur Lösung des Konflikts einnehmen beziehungsweise seine diplomatischen Bemühungen verstärken.

Die **Fraktion DIE LINKE** verurteilte den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine als völkerrechtswidrig. Vor allem der Krieg gegen die Zivilbevölkerung sei durch nichts zu rechtfertigen. Die Fraktion DIE LINKE zeige sich solidarisch mit der Ukraine, obwohl Waffenlieferungen an die Ukraine abgelehnt würden. Dem Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion könne nicht zugestimmt werden. Es sei erforderlich, die sozioökonomischen Folgen dieses Krieges zu betrachten, wenn kein Gas mehr an Deutschland geliefert werde.

Der **Wirtschaftsausschuss** beschloss, mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD, FDP und DIE LINKE, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 20/2347 zu empfehlen.

Berlin, den 6. Juli 2022

Dr. Malte Kaufmann
Berichterstatler